

**HESSISCHER LANDTAG**

12.03.2024

Dringlicher Antrag**Fraktion der Freien Demokraten****Die AMLA kam nicht von selbst - statt Eigenlob der Landesregierung braucht der Finanzplatz eine Zukunftsstrategie***PK*
-> HHA

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag begrüßt die erfolgreiche Ansiedlung der EU-Anti-Geldwäschebehörde (AMLA) in Frankfurt am Main und würdigt die Zusammenarbeit zwischen dem Finanzministerium des Bundes, dem hessischen Finanzministerium und dem Magistrat der Stadt Frankfurt am Main. Neben der entscheidenden Arbeit am Standort selbst - wie etwa von der Finanzplatzinitiative - ist es eine gemeinsame Kraftanstrengung im politischen Wettbewerb mit den europäischen Mitbewerbern gewesen, die den Unterschied ausgemacht und der hessischen Finanzmetropole den Zuschlag gegeben hat.
2. Der Landtag erkennt die neu gewonnene Aufmerksamkeit der aktuellen Bundesregierung für den Finanzplatz Frankfurt an, die einen positiven Kontrast zur vorherigen Regierung bildet, unter deren Führung der Finanzplatz Frankfurt in internationalen Finanzplatz-Rankings abgerutscht ist und etwa im Bereich FinTech nicht einmal die nationale Spitzenposition einnimmt.
3. Der Landtag erkennt an, dass die Ansiedlung der AMLA in Frankfurt nicht nur ein Erfolg für den Finanzplatz, sondern auch ein Auftrag an die Landesregierung ist, diesen Standort mit seinen einzigartigen Möglichkeiten und Ressourcen stärker in den Fokus zu rücken. Es genügt nicht, von der Bedeutung und der Leistungsfähigkeit des Finanzplatzes Frankfurt zu profitieren, ohne angemessen in seine Entwicklung und Förderung zu investieren.
4. Der Landtag betont, dass die Ansiedlung der AMLA in Frankfurt die Notwendigkeit unterstreicht, den Finanzplatz nicht nur als Wirtschaftsfaktor, sondern auch als zentrales Element der europäischen und globalen Finanzinfrastruktur zu sehen und entsprechend zu fördern. Dies schließt Investitionen in Fachkräfte, Bildungseinrichtungen und die weitere Entwicklung eines zukunftsfähigen Finanzwesens ein. Der Finanzplatz Frankfurt steht im ständigen Wettbewerb mit den anderen "Global Leader" der wichtigsten Finanzplätze weltweit. Damit der Finanzplatz dort bestehen kann, muss er sich weiterentwickeln. Dafür braucht es einen starken Standort, der über die Grenzen der Stadt hinausgeht und eine Strategie zur nachhaltigen Fachkräftegewinnung.
5. Der Landtag appelliert daher an die Landesregierung, den Finanzplatz insbesondere durch die Stärkung der finanziellen und digitalen Bildung an Schulen und Universitäten des Landes langfristig zu stärken. Denn ein starker Finanzplatz braucht nicht nur kluge Köpfe, er braucht vor allem auch in den relevanten Fächern gut ausgebildete Nachwuchskräfte. Das ist eine Chance für die Schülerinnen und Schüler in Hessen, aber auch für internationale Studentinnen und Studenten, um hier in Hessen finanzwissenschaftliche Theorie und Praxis miteinander zu vereinen.
6. Der Landtag begrüßt, dass sich in der Bevölkerung immer mehr eine neue Aktienkultur etabliert. Besonders jüngere Menschen interessieren sich für die Möglichkeit ihr Geld gewinnbringend anzulegen. Die Etablierung einer starken Aktienkultur ist entsprechend in Hessen zu fördern. Die private Vorsorge ist dabei nicht nur ein entscheidender Faktor, um im Alter Wohlstand und finanzielle Freiheit zu genießen, sondern stärkt - ebenso wie die Einführung einer Aktienrente - den Kapitalmarkt vor Ort und macht den Standort Deutschland und damit insbesondere den Finanzplatz Frankfurt für Börsengänge wieder deutlich attraktiver.

EA 12 03 2024

7. Der Landtag stellt fest, dass für eine quantitative und qualitative Steigerung der Börsengänge am Finanzplatz Frankfurt, die Förderungen hessischer StartUps in der späten Wachstumsphase notwendig ist. Er fordert daher die Landesregierung auf, in Zusammenarbeit mit den Akteuren des Finanzplatzes, für dieses Ziel eine neue Strategie zu entwickeln und den Finanzplatz sowie die hessische Wirtschaft damit nachhaltig zu stärken.
8. Der Landtag bestärkt Bestrebungen, auf europäischer Ebene eine Kapitalmarktunion aufzubauen. Ein echter unionsweiter Binnenmarkt für Kapital sichert neue Finanzierungsquellen, insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen (KMU), erhöht das Angebot für Sparer und ermöglicht grenzübergreifende Investitionen zu erleichtern. Für den Finanzplatz Frankfurt ist eine Kapitalmarktunion ein wichtiger Schritt, da es den Standort für europaweite Finanzierungstätigkeiten attraktiver macht und das Finanzsystem der EU stabiler, widerstandsfähiger und wettbewerbsfähiger macht.
9. Der Landtag unterstreicht die Bedeutung von Innovation, Nachhaltigkeit und einer zukunftsorientierten Finanzpolitik für den Standort Frankfurt. Die Landesregierung wird aufgefordert, in Zusammenarbeit mit Bund und Stadt ein umfassendes Konzept zu entwickeln, das Frankfurt als führenden Finanzplatz in Europa festigt und seine Position insbesondere im Bereich der FinTechs ausbaut.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 12. März 2024

Der Fraktionsvorsitzende:



Dr. Stefan Naas